

kirchlichen Darstellung, auch als Orientierungshilfe für die Beratungsstellen, an die sich Hilfesuchende wenden. Die Tatsache, daß kirchlich erst auf die Aufklärungskampagne – da aber um so entschiedener – reagiert wurde, zeigt einmal mehr, daß wir uns in der katholischen Kirche nach wie vor schwertun, zu neu auftauchenden Problemen jeweils rechtzeitig von der Sache her Hilfestellung zu geben und dabei die Funktionen von Staat und Kirche klar zu unterscheiden.

Man wird Rita Süßmuth trotz ihres eigenen Hilferufes kaum widersprechen können, wenn sie die Aktion ihres Ministeriums gegen die Intervention gegen die Bischöfe mit dem Argument verteidigt, man sei sich doch gewiß im Ziel der Bekämpfung von Aids einig, aber Staat und Kirche hätten verschiedene Aufgaben, und es gebe Wege, die der Staat leichter beschreiten könne als die Kirche, während es andere Wege gebe, die die Kirche besser gehen könne. Der Staat hat von sich aus nicht die Aufgabe, das sittliche Verhalten des einzelnen zu beurteilen oder gar zu regeln, sondern Schaden vom einzelnen und von der Allgemeinheit abzuwenden, der sich aus einem bestimmten Verhalten ergeben kann.

Die Kirche ihrerseits aber muß die damit zusammenhängenden ethischen Probleme verdeutlichen, ohne Aufgaben des Staates behindern zu wollen. So wie es der Präsident der EKD-Kanzlei, Hartmut Löwe, formuliert hat: Es gebe zwei Schritte; der erste sei der, den Partner und sich selbst nicht zu gefährden. Da Sexualverkehr mit wechselnden und unbekanntem Partnern nun einmal vorkomme, heiße das in dem Fall mindestens Kondome benutzen. Dem aber müsse als zweiter Schritt die Einsicht folgen, daß Aids eine Anfrage an einen verbreiteten Umgang mit Sexualität darstelle. Von daher gelte es zu verdeutlichen, daß die Geschlechtlichkeit ihren menschlichen Ort in festen Bindungen habe. Gerade wenn man den zweiten Schritt ernst nimmt, ist nicht einzusehen, wieso eine staatliche Behörde wegen des ersten kirchlich kritisiert werden müßte. se

Warnsignale?

Die Unionsparteien und die Katholiken

Unterdurchschnittlich war die Wahlbeteiligung, überdurchschnittlich waren die Verluste der Unionsparteien in Wahlkreisen mit überwiegend katholischer Bevölkerung bei der Januar-Wahl zum Deutschen Bundestag. Zwar spiegelt sich das, was die Wahlforscher trocken die „strukturelle Traditionsklientel“ nennen, immer noch deutlich genug im Wahlergebnis wider: Die CDU schnitt in katholischen Hochburgen mit 54,6% wesentlich besser ab als in den Wahlkreisen mit dem höchsten Protestantenanteil (39,3%). Umgekehrt lag die SPD in protestantischen Hochburgen bei 42,4, in katholischen nur bei 28,4%. Es gab aber auch gegenüber früheren Wahlen Veränderungen im Wählerverhalten, die durchaus mehr sein könnten als die Verlängerung altbekannter Trends.

Daß die Unionsparteien im Durchschnitt in Wahlkreisen mit hohem katholischem Bevölkerungsanteil mit 5,4% überdurchschnittlich abnahmen, könnte – als Gesamtergebnis – noch als Fortsetzung des inzwischen gewohnten Abschleifens der jeweiligen Hochburgen entdramatisiert werden. Wenn allerdings in traditionell katholischen und unionsgeneigten Wahlkreisen vom Emsland bis Oberschwaben Wähler in Scharen zu Hause geblieben sind oder ihre Parteipräferenz geändert haben, muß dies den C-Parteien zu denken geben. Im katholischen Südwürttemberg-Hohenzollern beispielsweise waren die Stimmeinbußen der CDU mit 7,9% mehr als doppelt so hoch wie im Bundesdurchschnitt (die geringsten Verluste hatte die CDU im übrigen mit 0,2% im protestantisch-säkularisierten Hamburg zu verzeichnen). In zahlreichen kleinen Gemeinden mit katholi-

scher Bevölkerung und bisher hohen CDU-Ergebnissen gab es Verluste bis zu 20%.

Ein Grund dafür ist schnell ausgemacht: Die betreffenden Regionen sind durchweg ländlich geprägt, die C-Parteien bekamen den Frust der Bauern zu spüren. Allerdings wäre es mit Sicherheit kurzschlüssig, darin den einzigen Grund für die auffälligen Verluste zu suchen. Es ist zweifellos mehr als eine Mutmaßung, daß sich dahinter auch Irritationen und Kommunikationsschwierigkeiten zwischen Kirche und C-Parteien verbergen. Engagierte Katholiken vermissen das „christliche Profil“ an den Unionsparteien – sei es beim Schutz des ungeborenen Lebens oder in der Entwicklungspolitik, sei es in der Haltung zu Ausländern und Asylanten oder in der Umweltpolitik. Die Unionsparteien ihrerseits scheinen sich so sehr auf ihre Mehrheitsfähigkeit als Volkspartei und auf den politischen Alltagspragmatismus zu konzentrieren, daß das C im Parteienamen dabei irgendwo am Horizont verschwimmt, statt zur Kursbestimmung beizutragen.

Es könnte jetzt Folgen zeitigen, daß katholische Kirche und C-Parteien sich auf der Basis vermeintlich stabiler Gemeinsamkeiten über Jahre hin gegenseitig mehr instrumentalisiert als intensiv wahrgenommen haben. Beide haben zwar jeweils Unterstützung für ihre Sache von der anderen Seite erwartet (und gegebenenfalls angemahnt), aber daher zu wenig die Entwicklung des jeweils anderen mitvollzogen und mitgestaltet. Das gilt für „stramme“ Laien und kirchliche Amtsträger, die von der Union eine katholische Politik erwarten, ebenso wie für Unionspolitiker, bei denen außer Kritik an unbequemen kirchlichen Stellungnahmen vom Bezug auf das C nichts übriggeblieben zu sein scheint.

Vor dem gerade bei der vergangenen Wahl deutlich sichtbar gewordenen Dilemma der Volksparteien, sich für neue Wählerschichten öffnen und gleichzeitig ihr Profil und ihre Stammwähler bewahren zu müssen, steht offenkundig nicht nur die SPD.